



Europäischer Wirtschafts-
und Sozialausschuss

ZEITRAUM **BERICHT ZUM**
2023 **MANDATSENDE**

2025 Fachgruppe
Wirtschafts- und
Währungsunion,
wirtschaftlicher und
sozialer Zusammenhalt

DIREKTION C –
LEGISLATIVÄTIGKEIT

VORSITZENDER:
Ioannis VARDAKASTANIS

Einführung

Die Welt durchlebt derzeit grundlegende Umwälzungen, große geopolitische Veränderungen und ein beispielloses Maß an Unsicherheit. Dadurch werden die Identität Europas und seine Rolle in der Welt infrage gestellt, Schwachstellen offengelegt und die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen Regionen und Einkommensgruppen verschärft.

Angesichts dieser Herausforderungen setzt sich die Fachgruppe ECO für eine resiliente und nachhaltige EU-Wirtschaft als wichtige Grundlage für die Antworten der EU auf die Herausforderungen und für viele der gemeinsamen Ziele der EU wie den ökologischen und den digitalen Wandel ein. Wir vertreten in unseren Stellungnahmen den Standpunkt, dass ein resilientes und integratives Wachstum der Schlüssel für den Abbau von Ungleichheiten bei Chancen und Ergebnissen sowie für die Sicherstellung des gemeinsamen Wohlstands für alle Menschen in der EU ist und dass die Zeit reif ist für grundlegende Veränderungen und nicht nur für kleine Schritte.

In dieser Mandatsperiode wurde die Halbzeitüberprüfung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit und des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 durchgeführt, wobei wir wichtige Empfehlungen für die Zukunft abgegeben haben. Darüber hinaus verabschiedete die Fachgruppe ECO wichtige Stellungnahmen und eine Entschließung, in der die Kohäsionspolitik als wesentliches Instrument zur Verringerung der regionalen Unterschiede und zur Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in den Mittelpunkt der EU-Politik gerückt wird. Wir haben unsere Arbeit zu kritischen Fragen im Bereich der Besteuerung und der stärkeren Integration der europäischen Finanzmärkte fortgesetzt und wichtige Empfehlungen zur Förderung der makroökonomischen Stabilität vorgelegt. Wir erörterten auch, wie öffentliche und private Investitionen für strategische europäische Interessen gefördert werden können, und führten schwierige, aber wichtige Debatten über die Möglichkeiten der Verteidigungsfinanzierung in der EU.

Wir haben die wichtige Aufgabe übernommen, die Arbeiten an dem bereichsübergreifenden Paket von Initiativstellungnahmen des EWSA zur Lebenshaltungskostenkrise zu koordinieren. Mit diesem Paket fordern wir übergreifende Reformen und Änderungen, die erforderlich sind, um die Lebenshaltungskostenkrise zu bewältigen, die Resilienz gegenüber künftigen Krisen zu stärken und nicht zuletzt klare und umsetzbare Leitlinien für die EU-Organe, die nationalen Regierungen, die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft auf dem Weg zu einer resilienteren, inklusiveren und nachhaltigeren Europäischen Union bereitzustellen.

Obwohl die EU vor beispiellosen Herausforderungen steht, hat die Fachgruppe ECO ihre grundlegende Aufgabe nie aus den Augen verloren: dafür zu sorgen, dass die Wirtschaftspolitik in der EU so gestaltet wird, dass sie den Bedürfnissen und Anliegen der Bürger gerecht wird und niemand zurückgelassen wird.

Ioannis Vardakastanis

Vorsitzender der Fachgruppe ECO

Inhaltsverzeichnis

Einführung	2
Wirtschafts- und Währungsunion	4
Europäisches Semester	6
Europäische Finanzmärkte	6
Der Haushalt der Europäischen Union	8
Kohäsionspolitik	9
Steuern	12
Echo in den Institutionen	15
Erfolge im Bereich Kommunikation	17
Perspektive/Ausblick	18
Anhang – Wichtige Statistiken	20

Um die Schaffung einer widerstandsfähigen, nachhaltigen und inklusiven Wirtschaft in Europa zu fördern, hat der EWSA seine Empfehlungen in seiner halbjährlichen Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets regelmäßig aktualisiert.¹

In seiner Stellungnahme [Neue Vorschriften für eine zukunftsfähige wirtschaftspolitische Steuerung](#) hat der EWSA als Antwort auf das Gesetzespaket der Kommission zur Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU eine Reihe entscheidender Empfehlungen vorgelegt.

Die Fachgruppe ECO erarbeitete mehrere Stellungnahmen zu verschiedenen politischen Themen, die von grundlegender Bedeutung sind, um eine resiliente und nachhaltige Wirtschaft aufzubauen und die für eine erfolgreiche Gestaltung des ökologischen und des digitalen Wandels so dringend benötigten Investitionen bereitzustellen. In seiner auf Ersuchen des belgischen Ratsvorsitzes erarbeiteten Stellungnahme zur [Förderung eines langfristigen inklusiven Wachstums durch Reformen und Investitionen](#) legte der EWSA wichtige Empfehlungen vor, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, die Schulden in den Griff zu bekommen und den Investitionen in die Gesundheitsversorgung und die Beschäftigung in Europa Vorrang einzuräumen. Der EWSA schlug ferner die Einrichtung eines [EU-Investitionsfonds für wirtschaftliche Resilienz und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit](#) vor, der Finanzmittel für Investitionsvorhaben von strategischem europäischem Interesse bereitstellen soll. Mit einer Initiativstellungnahme zum Thema [Europäische öffentliche Güter als strategische Priorität für die Finanzierung des nachhaltigen Wachstums der EU und die Bewältigung der globalen Herausforderungen](#) bereicherte die Fachgruppe ECO die Debatte über europäische öffentliche Güter, d. h. über die grundlegenden politischen Prioritäten, die ein nachhaltiges Wachstum der EU und das Wohlergehen ihrer Bürger gewährleisten können. Darüber hinaus untersuchte die Fachgruppe ECO in einer Initiativstellungnahme auch den [Beitrag der Gewerkschaften zur Steigerung der Produktivität](#).

1

Folgende Stellungnahmen über die Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets wurden in dieser Mandatsperiode verabschiedet: [Ergänzende Überlegungen zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2023](#); [Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2024](#); [Ergänzende Überlegungen zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2024](#); [Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2025](#); [Ergänzende Überlegungen zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2025](#).

Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des Klimawandels verabschiedete der EWSA auch eine Stellungnahme zu den [Wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels](#), in der Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels gefordert und gleichzeitig die damit verbundenen wirtschaftlichen Chancen hervorgehoben werden. Durch Investitionen in nachhaltige Verfahren und die Förderung eines gemeinsamen globalen Ansatzes kann die EU die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken mildern.

Auf Ersuchen des spanischen Ratsvorsitzes und als Reaktion auf die von der Kommission veröffentlichten Legislativvorschläge hat der EWSA seine Arbeit zum digitalen Euro in einer Stellungnahme zum Thema [Digitaler Euro sowie Status von Banknoten und Münzen als gesetzliches Zahlungsmittel](#) fortgesetzt. Dabei betonte er, dass der Erfolg des Projekts „Digitaler Euro“ weitgehend davon abhängen wird, ob es einen konkreten Mehrwert für Bürger und Wirtschaftsakteure bieten kann.

Während dieser Mandatsperiode leitete die Fachgruppe ECO auch die Arbeit an einem bereichsübergreifenden Paket von Initiativstellungen zum Thema [Die Krisen überwinden – Maßnahmen für eine resiliente, von Zusammenhalt geprägte und inklusive europäische Wirtschaft](#) betonte die Fachgruppe ECO, dass die Herausforderungen und Unsicherheiten, mit denen die EU konfrontiert ist, keine schrittweisen Anpassungen, sondern tiefgreifende strukturelle Veränderungen erfordern, unter anderem auch einen strategischen Wandel des europäischen Wirtschaftsmodells. Die Fachgruppe ECO erarbeitete auch eine Stellungnahme mit [Empfehlungen der organisierten Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Krise der Lebenshaltungskosten](#). Sie enthält umfassende Vorschläge zur Bewältigung der Lebenshaltungskostenkrise und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen ähnlichen Herausforderungen.

Mit ihrer Stellungnahme [Wirtschaftliche Aspekte eines europäischen Blauen Deals](#) leistete die Fachgruppe ECO ihren Beitrag zu den übergreifenden Bemühungen des EWSA, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, Wasser zu einem politischen Schwerpunkt zu machen.

Europäisches Semester

Die Aktivitäten und Ergebnisse im Zusammenhang mit dem Europäischen Semester werden in einem separaten Bericht präsentiert, der von der Gruppe Europäisches Semester erstellt wurde, die für diese Mandatsperiode von Luca Jahier geleitet wurde. Der Vollständigkeit halber wird auf die Stellungnahmen nur in einer Fußnote verwiesen.²

Europäische Finanzmärkte

Der EWSA begrüßte das Legislativpaket zur [Überprüfung des Rahmens für das Krisenmanagement im Bankensektor und für die Einlagensicherung](#) als Schritt zur Vollendung der Bankenunion. Er forderte eine bessere und harmonisierte Einlagensicherung unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit, um das Bankensystem der EU zu stärken und gleichzeitig die Interessen der kleineren Banken sowie der Steuerzahler und Einleger zu schützen. Er wies ferner darauf hin, dass bis zur Verwirklichung des Europäischen Einlagenversicherungssystems die Fragmentierung bestehen bleiben wird und die Bankenunion nicht vollendet werden kann.

In seiner Initiativstellungnahme [Die Strategische Bedeutung des EU-Finanzsektors – Verbesserung der Bewertung und Evaluierung](#) betonte der EWSA, wie wichtig synchronisierte Regulierungen, die Einbeziehung der Interessenträger, Folgenabschätzungen und Bewertungen im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit sowie die systematische Umsetzung eines spezifischen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit für die Finanzmarktregulierung sind. Er forderte, für einen fairen Wettbewerb zwischen ausländischen und inländischen Banken im Hinblick auf Marktstabilität zu sorgen, ausländische Investitionen anzuziehen und den Grad der Digitalisierung und den Umfang der Finanzierung zu bewerten.

2

In dieser Mandatsperiode wurden folgende Stellungnahmen, Informations- und Bewertungsberichte zum Europäischen Semester angenommen: [Empfehlungen des EWSA für eine solide Reform des Europäischen Semesters](#), [Halbzeitüberprüfung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit](#), [Ergänzende Überlegungen zum Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023](#), [Reform- und Investitionsvorschläge und ihre Durchführung in den Mitgliedstaaten – Standpunkt der organisierten Zivilgesellschaft \(Zyklus des Europäischen Semesters 2023-2024\)](#), [Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2024](#), [Ergänzende Überlegungen zum Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2024](#), [Standpunkt der organisierten Zivilgesellschaft in den EU-Mitgliedstaaten zu nationalen Reform- und Investitionsvorschlägen und ihrer Durchführung \(Europäisches Semester 2024/2025\)](#), [Empfehlungen des EWSA zu den Reform- und Investitionsvorschlägen im Rahmen des Europäischen Semesters 2024-2025](#), [Europäisches Semester 2025 – Herbstpaket](#), [Ergänzende Überlegungen zum weiteren Vorgehen im Hinblick auf das Europäische Semester 2025](#).

In seiner Stellungnahme zum Thema Verbesserung der Referenzwerte und Berichtspflichten in den Bereichen Finanzdienstleistungen und Investitionsunterstützung begrüßte der EWSA die Initiative der Kommission zur Rationalisierung und Vereinfachung der aufsichtlichen Meldepflichten für Finanzdienstleistungen und zur Vermeidung von Doppelmeldungen. Er empfahl, Umfang und Format der Daten zu vereinheitlichen und in Zukunft ein Konzept einer einzigen Anlaufstelle einzuführen.

In seiner Initiativstellungnahme zur Überprüfung des Rechtsrahmens für Verbriefungen in der EU sprach sich der EWSA für eine Neubelebung des Verbriefungsmarktes aus, um die Kreditvergabe zu erhöhen und die EU-Kapitalmärkte weiter zu integrieren. Ferner forderte er die Europäische Kommission auf, sich auf die Auswirkungen von Reformen auf die Finanzierung der Realwirtschaft zu konzentrieren und diese angemessen zu bewerten.

Auf Ersuchen des Europäischen Parlaments erarbeitete der EWSA die Stellungnahme Investitionen und Reformen für Wettbewerbsfähigkeit/Kapitalmarktunion, die in ein vom ECON-Ausschuss eingeleitetes Initiativverfahren einfließen sollte. In seinen Empfehlungen zeigt der EWSA Lösungen zur Steigerung der öffentlichen und privaten Investitionen und zur weiteren Integration der EU-Kapitalmärkte auf.

Die Europäische Kommission konsultierte den EWSA zu der Mitteilung über eine Spar- und Investitionsunion (SIU) und zum Thema Finanzwissen und -kompetenz für die Europäerinnen und Europäer. In Bezug auf die Spar- und Investitionsunion forderte der EWSA, sich schwerpunktmäßig auf die Schaffung von Vorteilen für Sparer und Unternehmen zu konzentrieren, indem die Marktfragmentierung angegangen, die Eigenkapitalfinanzierung erhöht und die Beteiligung von Kleinanlegern gefördert wird. Mit Blick auf das Finanzwissen und die Finanzkompetenz hob der EWSA die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile der Finanzkompetenz hervor und empfahl frühkindliche Bildung, eine gezielte Unterstützung für schutzbedürftige Gruppen, eine Anpassung der Rechtsvorschriften und koordinierte Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene.

Im Bereich des nachhaltigen Finanzwesens unterstützte der EWSA uneingeschränkt den Vorschlag der Kommission, erstmals [Rating-Tätigkeiten in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance](#) zu regulieren, damit sie verstärkt zur Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft beitragen können – ein Legislativvorschlag, den er zuvor bereits gefordert hatte. Diese Arbeiten wurden in einer Sondierungsstellungnahme zum Thema [Neue Impulse für den europäischen Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen](#) auf Ersuchen des dänischen Ratsvorsitzes fortgesetzt.

Der Haushalt der Europäischen Union

Der EWSA wurde von der Kommission zur ersten [Halbzeitrevision des mehrjährigen Finanzrahmens](#) konsultiert. In seiner Stellungnahme bedauerte der EWSA, dass die von der Kommission im Rahmen der Revision vorgeschlagenen Änderungen begrenzt und nicht ambitioniert genug sind und den Rahmen lediglich notdürftig nachbessern. Der EWSA unterstützte die Kommission zwar im Großen und Ganzen, stellte jedoch fest, dass Themen wie die Bevölkerungsalterung in Europa und der demografische Wandel fehlen. Der MFR sollte nach Ansicht des EWSA allen Hauptprioritäten der EU besser Rechnung tragen.

Mit Blick auf die Einnahmenseite des EU-Haushalts bekräftigte der EWSA in einer Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen der Kommission zum Thema [Die nächste Generation von Eigenmitteln](#) und in einer anschließenden Stellungnahme zu konkreten Vorschlägen der Kommission für ein [Zweites Paket neuer Eigenmittel](#) seine Forderung nach einer strukturellen Modernisierung des Eigenmittelsystems, mit der die Ziele des digitalen, ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftswachstums unterstützt werden sollten. Der EWSA begrüßte die von der Kommission vorgeschlagenen neuen Eigenmittel und schlug in der Stellungnahme zusätzliche Eigenmittel vor.

In seiner jüngsten politischen Stellungnahme zum EU-Haushalt zum Thema [Der Weg zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen](#) betonte der EWSA die strategische Bedeutung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR). Er wird zu einer entscheidenden Zeit vorgelegt, in der eine beispiellose Reihe von Krisen zu akuten Spannungen zwischen den strategischen Zielen der EU und dem Umfang und der Verteilung des EU-Haushalts geführt hat.

In einer Initiativstellungnahme zum Thema [Mehr finanzpolitische Transparenz durch partizipative Haushaltsplanung in der EU](#) befasste sich der EWSA auch mit der Inklusivität und Transparenz des Haushaltsverfahrens und betonte, wie wichtig Haushaltstransparenz und partizipative Haushaltsplanung sind, um die demokratischen Prozesse in der EU und das Vertrauen in die EU-Institutionen zu stärken.

Die neue geopolitische Lage veranlasste den polnischen Ratsvorsitz, den EWSA um eine Sondierungsstellungnahme zum Thema [Finanzierung der Verteidigung](#) zu ersuchen. Der EWSA kam darin zu dem Schluss, dass für den Umgang mit den Veränderungen in der Sicherheitslandschaft in Europa dringend belastbare und einheitliche Lösungen zur Finanzierung der Verteidigung gefunden werden müssen. Anschließend äußerte sich der EWSA zu einem Legislativvorschlag zum Thema [Verteidigungsbezogene Investitionen im EU-Haushalt](#).

Kohäsionspolitik

Die Kohäsionspolitik wird auch weiterhin eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der regionalen, sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten in den Regionen der EU spielen. Der EWSA wies darauf hin, dass das Grundprinzip, niemanden zurückzulassen, in der Kohäsionspolitik der EU nach wie vor uneingeschränkte Gültigkeit hat. Der EWSA hat sich maßgeblich an der Gestaltung der neuen Kohäsionspolitik nach 2027 beteiligt. Konkret hat der EWSA auf Ersuchen des spanischen Ratsvorsitzes eine Sondierungsstellungnahme zum Thema [Aufbau- und Resilienzfähigkeit und Kohäsionspolitik: Auf dem Weg zur Kohäsionspolitik 2.0](#) verabschiedet, die auch in der zuständigen Arbeitsgruppe des Rates vorgestellt wurde. Die Berichterstellerin war auch eine der Hauptrednerinnen in der Debatte während der Europäischen Woche der Regionen und Städte 2023. In einer Stellungnahme zum Thema [Die Rolle der Kohäsionspolitik in den nächsten Erweiterungsrounden der Union](#) betonte der EWSA, wie die künftige Kohäsionspolitik reformiert werden sollte, um für die Erweiterung gerüstet zu sein. Der EWSA verabschiedete eine Stellungnahme zum [Neunten Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt](#), in der er darauf hinwies, dass die EU-Kohäsionspolitik weiterentwickelt werden muss, um das ehrgeizige Ziel zu erreichen, die Regionen Europas widerstandsfähiger, wettbewerbsfähiger und inklusiver zu machen.

Die Diskussionen über die Zukunft der Kohäsionspolitik nahmen unmittelbar nach den Europawahlen und vor Beginn der neuen Amtszeit der Europäischen Kommission Fahrt auf. Der EWSA beteiligte sich an der Debatte und verabschiedete eine Entschließung zu dem Thema [Niemand darf zurückgelassen werden! Für eine inklusive und partizipative Kohäsionspolitik zur Förderung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts](#). Der EWSA war eine der ersten Institutionen, die offiziell zum Ausdruck gebracht haben, dass die wichtigsten Grundsätze der Kohäsionspolitik wie das Partnerschaftsprinzip, die Multi-Level-Governance, die geteilte Mittelverwaltung und der menschenorientierte und ortsbezogene Ansatz beibehalten werden sollten.

Auf Ersuchen des polnischen Ratsvorsitzes verabschiedete der EWSA ferner eine Stellungnahme zum Thema [Stärkung der Ergebnisorientierung der Kohäsionspolitik nach 2027 – Herausforderungen, Risiken und Chancen](#), in der er deutlich machte, dass Investitionen in den Kapazitätsaufbau die Grundvoraussetzung für eine ergebnisorientierte Kohäsionspolitik sind. Unsere Stellungnahme wurde in der Gruppe „Strukturmaßnahmen und Gebiete in äußerster Randlage“ des Rates vorgestellt, und zum ersten Mal in der Geschichte des EWSA wurde der Präsident des EWSA vom Rat (Allgemeine Angelegenheiten) eingeladen, an einem Arbeitssessen zum Thema Kohäsion teilzunehmen.

Der EWSA hat einen Bericht zur [Ex-post-Bewertung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Kohäsionsfonds 2014–2020](#) angenommen, in dem er bekräftigt, dass die Grundprinzipien der Kohäsionspolitik (Partnerschaftsprinzip, geteilte Mittelverwaltung und Multi-Level-Governance) nach wie vor relevant sind und als Leitprinzipien beibehalten werden sollten.

Mit Blick auf die Naturkatastrophen in Mittel-, Ost- und Südeuropa verabschiedete der EWSA eine Stellungnahme zum Thema [Regionalen Soforthilfe für den Wiederaufbau \(RESTORE\)](#) und forderte sofortige, einfache und wirksame Maßnahmen zur Abmilderung der sozialen, territorialen und wirtschaftlichen Folgen derartiger Katastrophen. Der EWSA reagierte auch auf ein weiteres wichtiges Problem der EU, die demografische Entwicklung, und verabschiedete eine Stellungnahme zur [Talenterschließung in den Regionen Europas](#).

Im Zusammenhang mit der Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik, die die Kommission im April 2025 vorgelegt hat, verabschiedete der EWSA eine Stellungnahme zur [Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik 2025](#), in der er sich für eine pragmatische Halbzeitüberprüfung der EU-Kohäsionspolitik 2021-2027 ausspricht.

Angesichts der Wohnungskrise als eines der wichtigsten Probleme der EU verabschiedete der EWSA eine Stellungnahme zum Thema [Erschwinglicher Wohnraum: Kohäsionspolitik, Städteagenda und Zivilgesellschaft](#). Die Stellungnahme des EWSA wird als Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft zu den Arbeiten des Rates der EU und der anderen EU-Organen dienen.

Mit Blick auf den territorialen Zusammenhalt und die Städteagenda hat der EWSA eine Initiativstellungnahme zum Thema [Überarbeitung der Territorialen Agenda 2030 \(TA 2030\) – Hin zu einem stärker integrierten und bürgerschaftlichen Ansatz mit stärkerem Bezug zur Kohäsionspolitik](#) verabschiedet, in der er die Bedeutung einer stärkeren Verknüpfung zwischen der TA 2030 und der Kohäsionspolitik im Rahmen der überarbeiteten Agenda, die von der Kommission vorgelegt wird, hervorhebt.

Darüber hinaus verabschiedete der EWSA eine Stellungnahme zum Thema [Wichtigste Herausforderungen für Inseln, Berggebiete und dünn besiedelte Gebiete in der EU](#), in der er sich für maßgeschneiderte ortsbezogene Möglichkeiten, Lösungen und politische Maßnahmen sowie für eine Zweckbindung der entsprechenden Mittel für die Inseln, Berggebiete und dünn besiedelten Gebiete der EU ausspricht. Unsere Stellungnahme und das anhaltende Engagement des EWSA für die Inselgebiete spielten eine wichtige Rolle bei der Überarbeitung der Pläne der Europäischen Kommission zur Erarbeitung einer Strategie für die Inselgebiete. Schließlich verabschiedete der EWSA eine Stellungnahme zum Thema [Erleichterung grenzübergreifender Lösungen](#), nachdem die Europäische Kommission einen geänderten Vorschlag vorgelegt hatte.

Zum Thema makroregionale Strategien leistete der EWSA einen wichtigen Beitrag: Er nahm an der jährlich stattfindenden hochrangigen Arbeitsgruppe „Makroregionale Strategie“ teil und stellte bei dieser Gelegenheit seine Stellungnahme zur [Durchführung makroregionaler Strategien der EU](#) vor, in der die Rolle der Zivilgesellschaft hervorgehoben wurde. Der EWSA verabschiedete eine Stellungnahme zum Thema [Zusätzliche Unterstützung für die Regionen in äußerster Randlage](#), mit der er unmittelbar auf die Notlage aufgrund der Naturkatastrophe in Mayotte reagierte.

Die Europäische Kommission hat in dieser Mandatsperiode wichtige Vorschläge sowohl im Bereich der direkten als auch der indirekten Besteuerung vorgelegt. Im Bereich der direkten Besteuerung stehen die Vorschläge im Zusammenhang mit dem Reformpaket der OECD für eine Zwei-Säulen-Lösung im Steuerbereich. Im Bereich der indirekten Besteuerung hat die Digitalisierung der Steuerverfahren durch mehrere wichtige Legislativvorschläge weiter Fahrt aufgenommen. Die Frage der Besteuerung in der digitalisierten Wirtschaft wurde auf internationaler Ebene ausführlich erörtert, weshalb der Schwerpunkt der Debatten sich nun von der OECD zu den Vereinten Nationen verlagert. Die Fachgruppe ECO verfolgt die Arbeit des [Sachverständigenausschusses der Vereinten Nationen für internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen](#) bereits seit 2019.

Im Bereich der direkten Besteuerung befasste sich der EWSA mit dem Thema [Unternehmen in Europa: Ein Rahmen für die Unternehmensbesteuerung \(BEFIT\)](#), um den von der Kommission vorgeschlagenen neuen Rechtsrahmen für die Unternehmensbesteuerung einschließlich des Vorschlags für eine Verrechnungspreisrichtlinie zu analysieren. Der Ausschuss empfahl Verbesserungen, um sicherzustellen, dass mit dem Vorschlag eine wirksame Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung in der EU erreicht wird. Dazu sollten der BEFIT und die Verrechnungspreisrichtlinie mit den Mindeststeuervorschriften der OECD im Rahmen der Zwei-Säulen-Lösung in Einklang gebracht, die Vereinbarkeit mit nationalen Steueranreizen geklärt und die Datenerhebung auf ein Minimum beschränkt werden. Der Ausschuss führte eine erfolgreiche öffentliche Konsultation zum Thema [Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa \(BEFIT\) – Herausforderungen auf nationaler und europäischer Ebene](#) durch, an der zahlreiche hochrangige Vertreter des öffentlichen und des privaten Sektors teilnahmen.

Die Initiativstellungnahme des EWSA zu den [Steuermeldepflichten in der EU](#) wurde rechtzeitig vorgelegt, damit die Kommission die Empfehlungen im Zuge des Vereinfachungsprozesses im Steuerbereich berücksichtigen konnte. Der Ausschuss vertrat dabei die Auffassung, dass für jeden Vorschlag eine Folgenabschätzung durchgeführt werden sollte, und empfahl, bei neuen Gesetzgebungsinitiativen im Steuerbereich einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit durchzuführen.

Im Bereich der indirekten Besteuerung befasste sich der EWSA mit dem Vorschlag zur Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter und betonte, dass Unternehmen EU-weit einheitlich angewandte Mehrwertsteuervorschriften brauchen. Dies kann nur durch Maßnahmen auf EU-Ebene erreicht werden, mit denen bürokratischer Aufwand sowie Diskrepanzen und Schlupflöcher in den geltenden Mehrwertsteuervorschriften vermieden werden.

Der Ausschuss beschäftigte sich außerdem mit den Mehrwertsteuervorschriften für Steuerpflichtige, die Fernverkäufe eingeführter Gegenstände vermitteln. Der Ausschuss befürwortete dabei die Bemühungen der Kommission, den Befolgungsaufwand für Steuerpflichtige durch Abschaffung der Verpflichtung zur Mehrfachregistrierungspflicht zu verringern, und begrüßte, dass der Mehrwertsteuerbetrug in der EU mit der vorgeschlagenen Reform verstärkt bekämpft wird.

Der EWSA hat ferner eine Stellungnahme zur vorgeschlagenen Einführung eines hauptsitzbasierten Steuersystems für KMU vorgelegt und darauf hingewiesen, dass die Annahme des vorgeschlagenen hauptsitzbasierten Steuersystems einen hohen Mehrwert für Unternehmen, Arbeitnehmer und Mitgliedstaaten bieten wird. Die Verringerung des Verwaltungsaufwands für Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) sie im Geschäftsalltag wettbewerbsfähiger machen.

Der EWSA nahm überdies zum Legislativvorschlag für Schnellere und sicherere Verfahren für die Quellensteuerentlastung (FASTER) Stellung. Der EWSA begrüßte, dass der Vorschlag der Kommission grenzüberschreitende Investitionen in der gesamten EU durch eine erhebliche Vereinfachung der Verfahren – insbesondere für Kleinanleger – unterstützen könnte.

Der EWSA beschäftigte sich außerdem mit den Richtlinien über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden DAC 8 und DAC 9. Erstens stellte der Ausschuss in Bezug auf die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Steuerbereich (DAC 8) fest, dass globale Anstrengungen zur Regulierung von Kryptowerten und ihrer Verwendung von entscheidender Bedeutung sind, um die weltweit zunehmenden Probleme und Auswirkungen im Zusammenhang mit diesen Vermögenswerten wirksam anzugehen.

Zweitens wies der EWSA in Bezug auf die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Steuerbereich (DAC 9) auch darauf hin, dass Rechtssicherheit und Klarheit für multinationale Unternehmen und Steuerverwaltungen nur durch die Schaffung einheitlicher, für alle Mitgliedstaaten geltender Vorschriften gewährleistet werden können.

In seiner Initiativstellungnahme Überprüfung der Steuerpolitik – einkommensschwache Haushalte und der ökologische Wandel wies der Ausschuss darauf hin, dass die Auswirkungen des ökologischen Wandels in der EU nicht einheitlich sein, sondern sich vielmehr von Land zu Land stark voneinander unterscheiden werden. Er empfahl daher, dass die Mitgliedstaaten die sozialen Herausforderungen, die der Wandel mit sich bringt, nicht aus dem Auge verlieren, um die Legitimität des Übergangs zu stärken, die Stabilität aufrechtzuerhalten und populistische Widerstände abzuwehren.

In seiner Initiativstellungnahme zum Thema Steuerliche Rahmenbedingungen für sozialwirtschaftliche Einrichtungen betonte der EWSA, dass die Steuersysteme der Mitgliedstaaten die Entwicklung der Sozialwirtschaft nicht hemmen dürfen, und forderte weitere Überlegungen darüber, wie die Besteuerung der Sozialwirtschaft in der EU künftig harmonisiert werden kann. In der Vorbereitungsphase für diese Stellungnahme führte der Ausschuss eine erfolgreiche öffentliche Konsultation durch.

Auch in dieser Mandatsperiode beschäftigte sich der EWSA mit der Besteuerung von Grenzgängern und legte dazu eine Initiativstellungnahme zum Thema Besteuerung grenzüberschreitender Telearbeit weltweit und Auswirkungen auf die EU, in der er sich für die Besteuerung von Einkünften aus unselbständiger Arbeit als Lohneinkommen am Sitz des Arbeitgebers als bevorzugte Option aussprach. Nach Ansicht des EWSA sollten die Finanzbehörden zudem die Einnahmen zwischen den Ländern aufteilen. Dafür könnten sie entweder die Daten über den tatsächlichen Aufenthalt einer Person in den betreffenden Staaten (die der als zentrale Anlaufstelle fungierende Arbeitgeber der Steuerbehörde seines Sitzlandes meldet) oder einen makroökonomisch aggregierten Schlüssel verwenden.

In seiner Initiativstellungnahme zu den [Wirtschaftlichen Auswirkungen der Umsetzung des EU-Emissionshandelssystems \(EHS\)](#) stellte der Ausschuss fest, dass bei der Gestaltung und Umsetzung des Systems berücksichtigt werden sollte, wie es sich auf die Beschäftigung in Europa auswirkt und mit welchen sozialen Folgen es verbunden ist. Der EWSA vertrat dabei die Auffassung, dass die Dekarbonisierung der Schifffahrtsindustrie nicht mit regionalen oder einseitigen Maßnahmen, sondern im Idealfall mit internationalen Maßnahmen in Angriff genommen werden sollte, um eine Verlagerung von CO₂-Emissionen zu vermeiden.

Die Fachgruppe ECO hat in dieser Mandatsperiode überdies ihre Zusammenarbeit mit dem [Sachverständigenausschuss der Vereinten Nationen für internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen](#) fortgesetzt und zu dessen Arbeitsbereichen Besteuerung von Jobnomaden und Besteuerung von Kryptowerten beigetragen.

Echo in den Institutionen

In mehreren Debatten auf der Plenarsitzung mit hochrangigen Rednern wurde die enge interinstitutionelle Zusammenarbeit hervorgehoben. So nahm Kommissionsmitglied Schmit im Zusammenhang mit der Verabschiedung der auf Ersuchen Belgiens erarbeiteten Sondierungsstellungnahme [Förderung eines langfristigen inklusiven Wachstums durch Reformen und Investitionen](#) an einer hochrangigen Debatte mit den EWSA-Mitgliedern auf der Plenartagung im März 2024 teil. Vor der Annahme dieser Stellungnahme im Dezember 2023 hatten die Berichterstatter auch die Gelegenheit, an einer Sitzung der informellen Arbeitsgruppe des belgischen Ratsvorsitzes zu Sozialinvestitionen teilzunehmen.

Die Fachgruppe ECO konnte außerdem zu einem für die Zukunft der EU entscheidenden Zeitpunkt, nämlich unmittelbar vor den Europawahlen, Botschafter Frank Arnauts vom belgischen Außenministerium begrüßen, der am 2. Februar 2024 zum Thema [Europawahl 2024: Reformen für eine resilientere EU-Wirtschaft für all](#) referierte.

Im Zusammenhang mit der Thematik mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) und Eigenmittel für den EU-Haushalt waren Ko-Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum MFR in der Fachgruppe zu Gast. Darüber hinaus nahm Kommissionsmitglied Hahn an der anschließenden EWSA-Plenartagung zum MFR teil.

José Manuel Fernandes, Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum Thema *Eigenmittel*, sprach ebenfalls in der Fachgruppe ECO. Herr Palmieri, einer der Berichterstatter für die Stellungnahme des EWSA zum MFR, sprach in der Sitzung des [BUDG-Ausschusses des EP](#) in der Debatte über den EP-Entwurf eines Zwischenberichts über den Vorschlag für eine Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens. Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen ab 2027 lud der neu konstituierte BUDG-Ausschuss des EP die EWSA-Berichterstatterin Elena Calistru als Gastrednerin zu seiner ersten Orientierungsaussprache in der neuen Wahlperiode ein. Anschließend traf sich der Vorsitzende der Fachgruppe ECO mit dem gerade wiedergewählten Vorsitzenden des BUDG-Ausschusses, Johan van Overtveldt, um die Halbzeitüberprüfung des MFR zu erörtern. An der hochrangigen Debatte in der Fachgruppe ECO über die [Finanzierung der Verteidigung in der EU](#) nahmen u. a. der stellvertretende Finanzminister Polens, Pawel Karbownik, und MdEP Nicolás Pascual de la Parte teil.

In mehreren Debatten auf der Plenartagung mit hochrangigen Rednern wurde die enge interinstitutionelle Zusammenarbeit auch im Rahmen der Kohäsionspolitik hervorgehoben. So fand im Mai 2024 eine Debatte zum 9. Kohäsionsbericht statt, an der Vasco Cordeiro, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen, und Prof. Andrés Rodríguez-Pose, Vorsitzender der Gruppe hochrangiger Sachverständiger für die Zukunft der Kohäsionspolitik, teilnahmen. Eine weitere Debatte im April 2025 galt der Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik. An dieser Debatte in Verbindung mit der Stellungnahme ECO/676 „Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik (2025)“ nahm der Exekutiv-Vizepräsidenten der Europäischen Kommission für Kohäsion und Reformen Raffaele Fitto teil.

Im Juni 2023 erläuterte Frau Barrera, Berichterstatterin des EWSA zum Thema [Aufbau- und Resilienzfähigkeit und Kohäsionspolitik: Auf dem Weg zur Kohäsionspolitik 2.0](#) ihre Stellungnahme auf Einladung des spanischen EU-Ratsvorsitzes auch in der zuständigen Arbeitsgruppe des Rates (SMOR).

Der Präsident des EWSA wurde zu allen informellen Ministertreffen zum Thema Kohäsion eingeladen, die während der Ratsvorsitze Spaniens (29.9.2023), Ungarns (6.9.2024) und Polens (20./21.5.2025) stattfanden.

Der Vorsitzende der Fachgruppe ECO war im Dezember 2024 auf Einladung des EP in dessen REGI-Ausschuss zu Gast und erläuterte dort die EntschlieÙung [Niemand darf zurückgelassen werden! Für eine inklusive und partizipative Kohäsionspolitik zur Förderung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts.](#)

Im April 2025 stellten die beiden Berichterstatter des EWSA (Herr Sventek und Herr Marin) ihre Stellungnahme [Stärkung der Ergebnisorientierung der Kohäsionspolitik nach 2027 – Herausforderungen, Risiken und Chancen](#) auf Einladung des polnischen EU-Ratsvorsitzes in der zuständigen Arbeitsgruppe des Rates (SMOR) vor.

Im Januar 2025 veranstaltete der EWSA zusammen mit dem polnischen Ratsvorsitz eine [gemeinsame Anhörung zur ergebnisorientierten Kohäsionspolitik: Was bringt der neue Programmplanungszeitraum?](#), ein Schwerpunktthema Polens während seiner Präsidentschaft.

Neben der Kommission, dem Rat, dem Europäischen Parlament und dem Ausschuss der Regionen stand die Fachgruppe ECO auch mit der EZB, der EIB, der OECD, dem IWF und der Weltbank im Austausch.

Erfolge im Bereich Kommunikation

Die Arbeit der Fachgruppe ECO endet nicht mit der Annahme ihrer Stellungnahmen auf der Plenartagung des EWSA. Die [Website der Fachgruppe ECO](#) war weiterhin die wichtigste Säule der Kommunikationsaktivitäten der Fachgruppe, indem sichergestellt wurde, dass die Kernaussagen der Stellungnahmen leicht zugänglich und lesbar sind und die wichtigsten Empfehlungen des Ausschusses effektiv zusammengefasst werden. Die drei ECO-Stellungnahmen, die in den letzten zweieinhalb Jahren am häufigsten konsultiert wurden, galten folgenden Themen: [Besteuerung grenzüberschreitender Telearbeit weltweit und Auswirkungen auf die EU](#), [Besteuerung grenzüberschreitend tätiger Telearbeiter und ihrer Arbeitgeber](#) und [Stärkung der Ergebnisorientierung der Kohäsionspolitik nach 2027 – Herausforderungen, Risiken und Chancen](#).

Umfangreiche Arbeit wurde geleistet, um die Empfehlungen der während dieser Mandatsperiode angenommenen Stellungnahmen durch gezielte Massenmailings an institutionelle Partner, relevante Interessenträger und die breite Öffentlichkeit, in

Pressemitteilungen und Webstorys und in sozialen Medien, hauptsächlich X (vormals Twitter), bekannt zu machen.

Während dieser Mandatsperiode pflegte die Fachgruppe ECO durch regen Austausch auf dem [X-Account der Fachgruppe ECO](#) eine aktive Beziehung zu ihren Followern. Dank dieser Bemühungen hat das ECO-X-Konto mehr als 1800 Follower.

Perspektive/Ausblick

Eine widerstandsfähige und nachhaltige EU-Wirtschaft ist eine Grundvoraussetzung und eine wesentliche Grundlage für die Verwirklichung vieler Ziele der EU: Sicherstellung eines gerechten grünen und digitalen Wandels, Abbau von Ungleichheiten im Hinblick auf Chancen und Ergebnisse sowie Sicherstellung gemeinsamen Wohlstands für alle Menschen in der gesamten EU, um nur einige zu nennen. Europa steht derzeit an einem Scheideweg und vor großen Herausforderungen; die jetzt vorgenommenen Weichenstellungen werden die Europäische Union auf lange Zeit prägen. Die Fachgruppe ECO ist bereit, sich weiter in die Gestaltung politischer Maßnahmen einzubringen, die die Union besser auf künftige Krisen und Schwierigkeiten vorbereiten und Wohlstand für alle ihre Bürgerinnen und Bürger schaffen können.

Entscheidend wird sein, dass die Fachgruppe ECO an ihre Arbeiten zum Paket zur Bewältigung der Krise der Lebenshaltungskosten anknüpfen und darauf aufbauen wird. Die Diskussion muss fortgesetzt werden, um die besten Antworten auf sehr komplexe Herausforderungen zu finden und die politischen Entscheidungsträger in ganz Europa zum Handeln aufzufordern.

Die EU muss in erheblichem Umfang Finanzmittel mobilisieren, um ihre ehrgeizigen Ziele in Bezug auf einen gerechten Übergang, Digitalisierung, Resilienz, strategische Autonomie, nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit sowie Sicherheit und Verteidigung erreichen zu können. Um die bestehende Finanzierungslücke zu schließen, sind eine weitere Integration der EU-Kapitalmärkte und Fortschritte auf dem Weg zur Bankenunion von entscheidender Bedeutung. Die Fachgruppe ECO wird ihre diesbezüglichen Arbeiten fortsetzen, insbesondere zu den Legislativvorschlägen, die

sich aus der Mitteilung der Kommission über eine Spar- und Investitionsunion ergeben.

Zu den am 16. Juli 2025 vorgelegten Vorschlägen für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen werden die Fachgruppe ECO und andere Fachgruppen des EWSA umfangreiche Arbeit leisten. Diese Vorschläge sollen den Weg der EU in die Zukunft vorgeben und sie in die Lage versetzen, mit ihren politischen Zielen Schritt zu halten und europäische öffentliche Güter bereitzustellen.

Der internationale Rahmen für die Körperschaftsteuer wurde durch eine Vereinbarung über ein inklusives Rahmensteuerepaket der OECD und der G20 überarbeitet, und der EWSA wird sich weiterhin für ein faires und gerechtes System zur Unternehmensbesteuerung einsetzen. Gleichzeitig wird die Fachgruppe ECO weiter zum Thema Vereinfachung im Steuerbereich arbeiten.

Es gilt die Gratwanderung zu bewältigen zwischen Reformen und ihrer Verknüpfung mit Investitionen und dem Hauptgrundsatz der Kohäsionspolitik, wonach niemand zurückgelassen werden darf. Die Fachgruppe ECO wird das neue Format der Kohäsionspolitik, das wahrscheinlich mit anderen sektoralen Investitionen verknüpft sein wird, aufmerksam verfolgen und sicherstellen, dass langfristige Investitionen in weniger entwickelte und ärmere Regionen sowie die territoriale Konvergenz auch in Zukunft gewährleistet sind. Darüber hinaus wird die Fachgruppe ECO darauf hinwirken, dass die wichtigsten Grundsätze der Kohäsionspolitik, wie das Partnerschaftsprinzip, die Multi-Level-Governance, die geteilte Mittelverwaltung, der Mensch im Mittelpunkt und der ortsbezogene Ansatz, auch im neuen Programmplanungszeitraum Eckpfeiler bleiben.

Schließlich wird die Fachgruppe ECO mit den anderen EU-Institutionen eng zusammenarbeiten, um eine neue Strategie für Inselgebiete in der EU und für die EU-Städteagenda zu entwickeln, wo erschwinglicher Wohnraum eines der Hauptprobleme ist, das angegangen werden muss.

Anhang – Wichtige Statistiken

	Vom 25. April 2023	2024	bis 20. September 2025	Insgesamt
Sitzungen der Fachgruppe	6	9	6	21
Sitzungen des Fachgruppenvorstands	7	10	7	24
Sitzungen der Studiengruppen	31	33	41	105
Sitzungen ständiger Studiengruppen	1	2	2	5
Sitzungen der Gruppe Europäisches Semester	3	5	4	12
Stellungnahmen	24	22	29	75
Befassungen	11	10	12	33
Sondierungsstimmungen	4	2	5	11
Initiativstimmungen	8	9	10	27
Bewertungsberichte	1	0	1	2
Informationsbericht	0	0	1	1
Entschließung	0	1	0	1
Informationsreisen	6	12	6	24
Von der Fachgruppe veranstaltete Konferenzen und Anhörungen	16	21	19	56
Teilnahme der Mitglieder an Sitzungen/Veranstaltungen/Konferenzen	37	62	46	145
Treffen zwischen Berichterstatlern des EWSA/EP oder Fachgruppenvorsitzenden/ Ausschussvorsitzenden des EP	11	5	1	17
Treffen von Mitgliedern des EWSA mit Kommissionsmitgliedern, Kabinettsmitgliedern, Generaldirektoren oder Direktoren der Kommission	1	2	0	3
Treffen von EWSA-Mitgliedern mit Vertretern des Rates, Ständigen Vertretern oder Vertretern des EU-Ratsvorsitzes	8	7	5	20